Postkartenaktion „So schaffen wir das“

SO SCHAFFEN WIR DAS
ASYL, MIGRATION, ZUWANDERUNG

1 Forderungen betreffend Arbeitsmarkt (an den Arbeitsminister)

Fact-Sheet:
Der österreichische Arbeitsmarkt war und ist auf Zuwanderung angewiesen. Ein Großteil der zugewanderten Menschen ist trotz vielfältiger Qualifikationen in Hilfs- und Anlernberufen tätig. Asylsuchende haben durch die Notwendigkeit einer Beschäftigungsbewilligung zusätzliche Hürden bei der Aufnahme einer Beschäftigung.

Wir fordern:
Bessere und günstigere Möglichkeiten zum Erwerb von Deutschkenntnissen als wichtige Grundlage für eine qualifizierten Arbeitsplatz.
Abbau von Hürden beim Zugang von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt.
Raschere Nostrifizierungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen.
Aktive Aufklärung der Unternehmen über die Möglichkeit der Beschäftigung von Asylwerbenden.

Adresse:
Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Bundesminister Mag. Dr. Martin Kocher
Stubenring 1, 1010 Wien

2 Forderung betreffend Resettlement / Relocation (an den Innenminister)

Fact-Sheet:
Resettlement bezeichnet die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge, deren Leben, Freiheit, Sicherheit, Gesundheit oder andere fundamentale Menschenrechte bedroht sind. Es ist ein humanitär ausgerichtetes Schutzinstrument und beinhaltet den Transfer von Flüchtlingen, die nicht in ihren Heimatstaat zurück kehren können, die aber auch im „Transitland“ keinen ausreichenden Schutz haben.
Relocation ist die Aufnahme von (anerkannten) Flüchtlingen aus einem andern EU-Staat, zB aus Griechenland.
Seit 2017 beteiligt sich Österreich an keinen Resettlement-Programmen mehr.
Auch Relocation-Programme gibt es derzeit nicht.

Wir fordern:
Die Wiederaufnahme von Resettlement- und Relocation-Programmen in Österreich in Zusammenarbeit mit dem UNHCR als Beitrag zu internationalen Solidarität.
Sichere Fluchtwege für besonders vulnerable Personengruppen.

3 Forderung: geordnete Rettung und Ende illegaler Pusch-Backs (an den Innenminister)

Fact-Sheet:
Illegale Push-Backs an den EU-Außengrenzen wie zB auf Lesbos oder auf der Balkanroute sind vielfach dokumentiert. Illegale Puschbacks beinhalten extreme Gewalterfahrungen.
Die Achtung der Menschenwürde, eine ordentliche Unterbringung sowie eine faire rechtsstaatliche Prüfung des Rechts auf Asyl sind nicht gewährleistet.

Wir fordern:
Keine Kooperation mit Ländern und Politiker:innen, die an illegalen Pushbacks beteiligt sind.
Einen Stopp der illegalen Pushbacks an der Balkanroute und auf Lesbos.
Eine geordnete Rettung (vgl. Initiative Courage), sodass Menschen in einer strukturieren und geordneten Form aufgenommen werden.
Jeder Mensch hat das Recht auf sichere Fluchtwege. Jeder Mensch hat das Recht gerettet zu werden. Jeder Mensch hat das Recht zu leben. Kein Mensch ist illegal!

Adresse:
Bundesministerium für Inneres
Bundesminister Mag. Gerhard Karner
Herrengasse 7, 1010 Wien

4 Forderung:
Zugang zu geförderten Wohnungen und zur Wohnbeihilfe (an den OÖ Wohnbau-Landesrat)

Fact-Sheet:
Die Mietpreise explodieren und gestiegene Heiz- und Stromkosten verschärfen die Situation für Wohnungssuchende. Die restriktiven Zugangsvoraussetzungen zu geförderten Wohnungen und zur Wohnbeihilfe schließen viele Menschen davon aus. Wer keine österreichische Staatsbürgerschaft hat, muss u.a. mindestens fünf Jahre in Österreich gelebt und davon 4,5 Jahre gearbeitet haben sowie Deutschkenntnisse auf dem Niveau A2 vorweisen, um Zugang zu einer geförderten Wohnung zu haben und Wohnbeihilfe beziehen zu können.

Wir fordern:
Den Zugang zu geförderten Wohnungen unabhängig von Deutschkenntnissen und Aufenthaltsdauer in Österreich.
Den Bezug von Wohnbeihilfe für Betroffene unabhängig von Deutschkenntnissen und Aufenthaltsdauer in Österreich.

Adresse:
Landesregierung OÖ
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Hainbuchner
Landhausplatz 1, 4021 Linz

5 Forderung betreffend
Auslegung Sozialhilfegrundsatzgesetz (an den OÖ Sozial-Landesdrat)

Fact-Sheet:
Das Sozialhilfegrundsatzgesetz wird in Oberösterreich sehr restriktiv angewendet. Für die Bezieher:innen von Sozialhilfe beinhaltet es zahlreiche Hürden, die sie noch stärker in die Armutsfalle treiben. Wartezeiten aufgrund der Bearbeitungsdauer von Sozialhilfeanträgen machen ihr Leben unplanbar und unberechenbar. Bezieher:innen von Sozialhilfe werden als Bittsteller:innen ihrer Würde beraubt.

Wir fordern:
Anrechnung der Wohnbeihilfe auf die Sozialhilfe rückgängig machen
Verklagen von Eltern oder Kindern auf Unterhalt abschaffen
Jedes Kind ist gleich viel wert - keine Staffelung der Kinderrichtsätze
Sozialhilfeempfänger:innen nicht als Bittsteller:innen, sondern als Menschen sehen

Adresse:
Landesregierung OÖ
Landesrat Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Altstadt 30; 4021 Linz

Nachbericht der Veranstaltung „So schaffen wir das“ mit Judith Kohlenberger finden Sie unter:

Impressum: **Diözesane Initiative für Geflüchtete**
Eder-Cakl Gabriele (Österr. Pastoralinstitut), Hasibeder Maria (KA OÖ), Mittermayr Heinz (Mensch und Arbeit), Neuhuber Carlo (Regionaldiakon), Schlager Stefan (Theol. Erwachsenenbildung und Weltreligionen), Wagner Michaela (Kath. Bildungswerk OÖ), Weilguni Monika (Leitende Seelsorgerin Pfarre Linz-St. Konrad)

Katholische Kirche in Oberösterreich